Lob und vor allem Tadel für die Bundespolitik

"Spardiktate und Bürokratie gefährden die ambulante Versorgung" – das war die Botschaft des KVB-Vorstands anlässlich der Jahrespressekonferenz, die traditionell Mitte Dezember im Münchner Presse-Club stattfand. Mittlerweile wachse in den bayerischen Praxen der Frust. Die flächendeckende ambulante Patientenversorgung werde aufgrund steigender Kosten bei gedeckelten Budgets und überbordender Bürokratie immer schwieriger.



Die Spitze der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns: Dr. Claudia Ritter-Rupp, Dr. Peter Heinz und Dr. Christian Pfeiffer (v. li.).

Unterversorgung

Dr. Christian Pfeiffer, Vorsitzender des Vorstandes der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) sagte: "Das Bundesgesundheitsministerium hat inzwischen Vorschläge zum Bürokratieabbau vorgelegt, die in die richtige Richtung weisen. Dazu gehört eine Entlastung der Kinder- und Jugendärzte bei Bescheinigungen für den Kindergartenoder Schulbesuch ebenso wie eine Anhebung der Bagatellgrenze im Arznei- und Heilmittelbereich". Es sei ein riesiges Ärgernis für die Praxen, dass diese von den Krankenkassen wegen angeblich unwirtschaftlicher Verordnungen im niedrigen Euro-Bereich mit Regressen bedroht werden. Dabei werde in der Regel ein Verwaltungsaufwand generiert, der die Regresssummen bei weitem

übersteige. Hier müsse sich etwas ändern. Pfeiffer erklärte, dass in immer mehr Regionen Bayerns inzwischen eine Unterversorgung oder zumindest eine drohende Unterversorgung im hausärztlichen, aber auch in vielen fachärztlichen Bereichen herrsche. "Die KVB ergreift diverse Maßnahmen, um Abhilfe zu schaffen und die Patientenversorgung flächendeckend aufrechtzuerhalten. Dazu gehört per Gesetz auch, bei einer längerfristig bestehenden Unterversorgung in einer Region Eigeneinrichtungen zu errichten". Schuld an dem aktuellen Dilemma habe die Politik auf Bundesebene, die seit 20 Jahren alle Warnungen, dass ein Ärztemangel droht, in den Wind geschlagen habe. Zur Notfallversorgung zeigte sich der Vor-

sitzende zuversichtlich: "Die KVB hat eine eigene Positionierung zur Reform der Notfallversorgung erarbeitet, die auf die Vernetzung bewährter Strukturen anstatt auf zentrale Vorgaben vom Bund setzt und gleichzeitig die Ärzte in den Notaufnahmen entlasten soll. In Rosenheim wurde erfolgreich ein Modellprojekt zum gemeinsamen Tresen in einer Notaufnahme vorgestellt, bei dem die Patienten in die für sie passende Versorgungsebene – Klinik, Bereitschaftspraxis oder Arztpraxis – geleitet wurden". (Wir berichteten, *Bayerisches Ärzteblatt* 9/2023, Seite 398). Zudem wurden die Rufnummern 112 für den Rettungsdienst und die 116 117 für den Ärztlichen Bereitschaftsdienst digital miteinander vernetzt.

Praxenkollaps

Dr. Peter Heinz warnte eindringlich vor dem Praxenkollaps, Bei Honorarabschlüssen auf Bundesebene weit unterhalb des Inflationsausgleichs und ohne eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage seien immer mehr Praxen nicht überlebensfähig. "Mitte August in Berlin verabschiedeten die Mitglieder der Vertreterversammlungen aller KVen unter dem Motto #Praxenkollaps ein Forderungspapier an die Bundespolitik. Von den sieben Forderungen ist noch keine umgesetzt oder gar erfüllt", so Heinz. Dabei ginge es nicht nur ums Geld, sondern vor allem auch um bessere Arbeitsbedingungen wie weniger Bürokratie und eine funktionsfähige Digitalisierung. Für Fachärzte besonders relevant sei zudem die ambulante Durchführung von Operationen in Praxen, um unnötige Klinikaufenthalte zu verhindern. "Mit der Verordnung zu einer speziellen sektorengleichen Vergütung, den sogenannten Hybrid-DRG gibt es dafür inzwischen eine einheitliche Basis der Honorierung. Allerdings ist der Umfang der Hybrid-DRG noch zu gering, um die ,Ambulantisierung' voranzubringen", so der Vorstand. Das Potenzial, das durch ambulante Operationen zu erreichen wäre, werde bei weitem nicht ausgeschöpft. Zu den investorenbetriebenen MVZ (iMVZ) äußerte sich Heinz folgendermaßen: "Finanzinvestoren kaufen sich in MVZ ein, um lukrative Leistungen zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung zu erbringen und diese Einrichtungen mit hoher Rendite weiterzuveräußern". Der Gesetzgeber müsse endlich handeln. Ein MVZ könne ein Gewinn für die Patientenversorgung und die dort arbeitenden Ärzte sein. "Die Regeln in Bezug auf Transparenz und den Erwerb von Zulassungen müssen aber für alle gleich sein und auch für die iMVZ gelten."

Datenschutz

Dr. Claudia Ritter-Rupp äußerte sich besorgt zur Versorgungssituation in der Psychotherapie: "Auch wenn die vom Gemeinsamen Bundesausschuss in Berlin vorgegebenen Versorgungsgrade in der Psychotherapie formal überall in Bayern erreicht werden und über hundert Prozent liegen, sieht die Versorgungsrealität anders aus: Die Wartezeiten auf eine Psychotherapie liegen teilweise bei über hundert Tagen, die Nachfrage nach Terminen für eine psychotherapeutische

Behandlung bei der Terminservicestelle der KVB nimmt zu". Die KVB setze sich für Ermächtigungen und Sonderbedarfszulassungen in Regionen ein, in denen besonders großer Bedarf bestehe, der nicht gedeckt werden könne. Ritter-Rupp warnte vor den Folgen des geplanten Cannabis-Gesetzes. "Der regelmäßige Genuss von Cannabis kann zu Entwicklungsstörungen in den Gehirnen von jungen Menschen führen. Zudem kann der regelmäßige Gebrauch von Cannabis Sucht erzeugen und Psychosen hervorrufen." Angesichts der unabsehbaren Auswirkungen sei es riskant, ein Gesetz zu verabschieden, das gegenüber früheren Entwürfen sogar größere Mengen erlaube und die Schutzräume um Schulen noch enger ziehe. Die Vorständin forderte zur Datennutzung und künstlichen Intelligenz (KI) in der Medizin Leitplanken. Der Mensch müsse im Mittelpunkt der medizinischen Behandlung stehen und dürfe nicht zu einem Objekt der Datenverarbeitung gemacht werden. "Gerade Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen menschliche Zuwendung. Diese kann ihnen keine App, keine KI oder sonstiges computergestütztes Hilfsprogramm bieten, sondern nur ein Arzt oder Psychotherapeut mit entsprechender Erfahrung und Empathie", warnte Ritter-Rupp. Die KI könne in der Medizin gute Dienste leisten. Für deren Einsatz in der Medizin seien aber rechtliche Leitplanken notwendig – auch international.

Dagmar Nedbal (BLÄK)

Anzeige





Mehr erfahren

Mit viel Teamgeist Veränderungen nachhaltig gestalten.

Nutzen Sie unser attraktives Schulungspaket "Kommunikation in der Arztpraxis" und schaffen Sie so die kommunikativen Voraussetzungen für Ihren angestrebten Veränderungsprozess.

medatixx-akademie.de